

Antrag

der Abgeordneten Pascal Kober, Linda Teuteberg, Stephan Thomae, Renata Alt, Christine Aschenberg-Dugnus, Nicole Bauer, Jens Beeck, Dr. Jens Brandenburg (Rhein-Neckar), Mario Brandenburg (Südpfalz), Dr. Marco Buschmann, Hartmut Ebbing, Dr. Marcus Faber, Daniel Föst, Otto Fricke, Thomas Hacker, Reginald Hanke, Peter Heidt, Katrin Helling-Plahr, Markus Herbrand, Torsten Herbst, Katja Hessel, Reinhard Houben, Ulla Ihnen, Olaf in der Beek, Dr. Christian Jung, Karsten Klein, Dr. Marcel Klinge, Carina Konrad, Konstantin Kuhle, Michael Georg Link, Till Mansmann, Roman Müller-Böhm, Frank Müller-Rosentritt, Dr. Martin Neumann, Hagen Reinhold, Frank Schäffler, Dr. Wieland Schinnenburg, Matthias Seestern-Pauly, Frank Sitta, Judith Skudelny, Dr. Hermann Otto Solms, Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann, Benjamin Strasser, Katja Suding, Manfred Todtenhausen, Dr. Florian Toncar, Gerald Ullrich, Johannes Vogel (Olpe), Sandra Weeser, Nicole Westig, Katharina Willkomm und der Fraktion der FDP

Au-pair-Programme stärken – Einreisen ermöglichen, Familien entlasten

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest

Familien sind nach wie vor von der Corona-Pandemie besonders betroffen. Die Schließungen von Schulen und Kindertagesstätten sowie die teilweise noch immer reduzierten Öffnungszeiten von Betreuungseinrichtungen waren und sind für Familien mit großen Mehrbelastungen verbunden. Für viele Familien waren Au-pairs bereits vor der Corona-Pandemie eine große Unterstützung und eine unabdingbare Voraussetzung für die erfolgreiche Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Die coronabedingten Einschränkungen haben die Notwendigkeit einer Unterstützung bei der Kinderbetreuung weiter verstärkt. Wie sich die Situation in den kommenden Wochen und Monaten entwickeln wird, ist ungewiss. Es ist dringend zu vermeiden, dass Familien erneut vor solche Herausforderungen gestellt werden.

Auch losgelöst von der Corona-Pandemie stellen Au-pair-Programme einen Zugewinn für alle Beteiligten dar. Für junge Menschen bietet ein Au-pair-Programm die Möglichkeit, für ein Jahr in ein fremdes Land zu reisen, die Kultur, die Sprache und das dortige Leben kennenzulernen und fernab von ihrer vertrauten Umgebung Verantwortung zu übernehmen. Diese unschätzbaren Erfahrungen prägen die Persönlichkeit der jungen Menschen für ihr ganzes Leben. Für Familien sind Au-pairs, neben der wichtigen Unterstützung bei der Kinderbetreuung, eine Bereicherung des Familienlebens.

Im Jahr 2018 unterstützten rund 6.700 Au-pairs aus Drittstaaten Familien in Deutschland bei der Kinderbetreuung. Aufgrund der Corona-Pandemie und den damit verbundenen Reisebeschränkungen konnten in den vergangenen Wochen und Monaten zahlreiche Au-pairs nicht nach Deutschland einreisen. Trotz einer schrittweisen Aufhebung der Einreisebeschränkungen dürfen noch immer Personen aus zahlreichen Drittstaaten nicht nach Deutschland einreisen. Die gilt auch für Au-pairs. Für alle Seiten ist diese Situation mit großen Belastungen verbunden. Familien fühlen sich alleingelassen und suchen verzweifelt nach alternativen Möglichkeiten, um die Kinderbetreuung zu meistern. Au-pairs sitzen teilweise auf gepackten Koffern und warten, bis sie endlich nach Deutschland einreisen dürfen. Einige von ihnen verfügen bereits über ein Visum, das in der Regel jedoch lediglich 90 Tage gültig und nach Ablauf wieder neu zu beantragen ist. Ein Prozess, der sich über Monate erstrecken kann. Zudem wurden im Zuge der Corona-Pandemie viele deutsche Auslandsvertretungen geschlossen. Dabei wurden bereits vereinbarte Termine storniert und neue Termine ließen sich zumeist nicht vereinbaren. Die schon vor Corona langwierigen Antragsverfahren wurden hierdurch weiter verzögert.

Bereits im Juni 2020 hat die Fraktion der FDP mit ihrem Antrag „Au-pair-Programme stärken – Verfahren beschleunigen und Klarheit schaffen“ (BT-Drucksache 19/20059) auf die schwierige Situation von Au-pairs aufmerksam gemacht und eine Verbesserung gefordert. Im Lichte der schrittweisen Aufhebung der Einreisebeschränkungen und der Schaffung von Ausnahmeregelungen für unterschiedliche Personengruppen ist es dringend notwendig, dass auch Au-pairs in den Fokus genommen werden.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. eine Ausnahmeregelung zu schaffen, damit Au-pairs auch aus solchen Drittstaaten einreisen können, für die noch immer Einreisebeschränkungen bestehen,
2. eine Übergangsregelung zu schaffen, damit bereits gewährte Visa, die aufgrund der Reisebeschränkungen abgelaufen sind, zügig und bürokratiearm verlängert werden können und eine Einreise ohne zusätzliche zeitliche Verzögerungen möglich ist,
3. schnellstens dafür Sorge zu tragen, dass Visumanträge von Au-pairs in den deutschen Auslandsvertretungen trotz der noch immer anhaltenden Einschränkungen aufgrund der Corona-Pandemie zügig bearbeitet werden können,
4. die Altersgrenze für Au-pairs aus Drittstaaten für ein Jahr auf 27 Jahre zu erhöhen, damit jungen Menschen an der Altersgrenze, die aufgrund der Corona-Pandemie kein Visum beantragen konnten, kein Nachteil entsteht.

Berlin, den 8. September 2020

Christian Lindner und Fraktion